

erschient täglich einmal: Sonntag nur morgens, Montag nur abends.
Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25

Hollers-Beitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt
Abend-Ausgabe

Haupt-Expedition:
SW. Berliner Straße 46/49
Telefon: Amt 1 Nr. 1031-1038

Chef-Redakteur: Karl Volkmar, Berlin W.
Verlag: Druck Rudolf Wolff, Berlin SW.

Das türkische Konferenzprogramm.

Das Organ des jugoslawischen Komitees Schura Inmet' schneidet, das türkische Programm aus Konstantinopel meldet, das türkische Gegenprogramm umfasse folgende Hauptpunkte: 1. Anerkennung Bulgariens als Königreich und Otrmanien als privilegierte Provinz gegen Regelung der finanziellen Verpflichtungen; 2. Regelung der bosnischen Frage, wofür Teilnahme an der türkischen Staatsbürgerschaft erhofft wird; 3. Integrität der Türkei. Das Blatt sagt jedoch, daß die Türkei ihre Integrität selbst schützen müsse und nicht die Mächte.

Die Worte und Bulgarien. Ein Privat-Telegramm aus Mailand meldet: Ein Mitarbeiter des 'Corriere della Sera' hatte eine Unterredung mit dem Delegierten Dimitroff, der erklärte, es sei ein türkisch-bulgarisches Übereinkommen zu einer freieren Grundlage erzielt worden. Es werde ein Ausbruch beider Verhandlungen eingeleitet werden. Die Türkei beabsichtigt, die Frage wegen des osmanischen Tributs der Konferenz zu unterbreiten. Die Worte wünsche aber andererseits, daß die Anzexion Kretas sowie die Kompensationen für Serbien aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen werden.

Die aus Konstantinopel hierher zurückgekehrten bulgarischen Delegierten haben, so wird aus Sofia gemeldet, bei ihren Unterredungen mit den leitenden türkischen Kreisen den Eindruck gewonnen, daß die Türkei bezüglich der osmanischen Frage lieber die Entschädigung Europas abwarten wolle und nur bei größerer Nachgiebigkeit Bulgariens einen direkten Verhandlung mit Sofia nicht abgelehnt wäre. Die prinzipielle Annahme der türkischen Hauptforderung, die in der Zahlung einer kapitalisierten Entschädigung für die osmanischen Provinzen besteht, wurde die einzige Basis für die Weiterführung der Verhandlungen bilden können. Die politischen Kreise halten dafür, daß die Regierung in ihrem Bestreben nach einer direkten Verhandlung mit Konstantinopel dem dahingehenden Wunsch des Fürsten Ferdinand nachgeben und im Prinzip der Zahlung zustimmen werde. Die Festlegung der Entschädigungsumme werde in gegenseitigem Einvernehmen erfolgen. Infolge der vorläufigen Absagen mehrerer Minister, daß jede Streitigkeit ausgeschlossen ist, ist die einstimmige Stimmung vollkommen ruhig.

Kronprinz Georg in Petersburg.

Aus amtlicher französischer Quelle wird mitgeteilt, daß Kronprinz Georg mit einer außerordentlichen Gesandtschaft, an der der Führer der alttraditionellen Partei Reichsgraf von Helldorf, am Montag über Petersburg nach Petersburg abreisen wird, um dem russischen Kaiser ein Schreiben des Königs Peter zu überbringen. Man ist in Belgard über diese Reise höchlich begeistert, denn man erhofft, und wohl nicht mit Unrecht, in der Begegnung mit dem Kaiser, die serbische Mission zu empfangen, eine Unterzeichnung der serbischen Bestrebungen und einen Erfolg der serbischen Politik. Die Kriegslust ist denn auch in Belgard wieder gestiegen, und in einer Frauenversammlung, die gestern in Belgard stattfand, wurde tapfer in die Kriegskampfe gelassen. Ein Sonabend fand im königlichen Palais zu Ehren des montenegrinischen Sonderbotschaften Mutschkoff ein Galadinner statt, wärenddessen der König einen Trinkpruch auf den Fürsten Nikolaus und dessen Familie sowie auf Montenegro ausbrachte. In dem Trinkpruch hob der König hervor, daß zwischen den beiden unabhängigen serbischen Staaten sowohl, was die heutige schwere Lage als auch was ihre zukünftige gemeinsame Zukunft anlangt, vollkommen dieselbe Lage herrsche. Von diplomatischem Standpunkt aus war der türkische Gesandte anwesend. In Cetinje wurde am Sonabend der renommierte englische Geschäftsträger Orellly vom Fürsten in langer Audienz empfangen. Eine Vollsammlung veranstaltete abends vor der Wohnung des Geschäftstragerer Kundgebungen für England.

Jowskij in Berlin.

Ueber die Verhandlungen, die der russische Minister des Aeußeren in Berlin geführt hat, führt ein sehr maeriges Berliner Telegramm der 'Römischen Zeitung' aus: Die Unterredungen, die der russische Minister des Aeußeren, Herr Jowskij mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Schoen geschat hat, waren von dem gemeinsamen Wunsch getragen, der allgemeinen Beziehung zu dienen, nachheren Verwicklungen vorzubeugen und das Einvernehmen unter den Mächten zu fördern. Der freundschaftliche Ton, in dem diese Besprechungen geführt wurden, entsprach den iberlebtesten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin. Allgemeine Redensarten konnte der Offiziosus wohl nicht finden. Der deutsche Kreuzer 'Victoria Louise' hat, wie verlautet, Befehl erhalten, zu Anfang November von Rostock nach Smyrna in See zu gehen, so daß in den offiziellen Teilen des Mittelmeeres, nach denen die Mächte groere Kreuzerflotten entsenden, die deutsche Flagge dann auch vertreten sein wird.

Wehr Draht nach Süddeutschland.

Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, fand in dortigen Hauptquartier am Sonabend eine langere Konferenz von Militaren der verschiedenen Generalinspektionen statt. Es handelte sich, wie die 'Zeit. für' heit, um neue Telegraphenleitungen zwischen Berlin und Süddeutschland. Was nurden alle Telegraphenleitungen, wenn die preussische Reaktion den Wegsagen zwischen Nord und Süd immer mehr vertieft?

Neue Krawalle in Prag.

Abermals ist gestern Prag der Schauplatz währender Auftritte geworden, wobei die Polizei, die zum Schutze der deutschen Studentenschaft ausgeboten wurde, sich gegen die Studenten wandte und unter dem brandstiftenden Einflu der tschechischen Exzessanten in das deutsche Kasino einritt, und dort die deutschen Studenten mit blutigen Wunden bearbeitete. Ein Privat-Telegramm vom Sonntag berichtet iber diese Vorgänge: Der Prager Polizeipräsident Hofrat Krtizan hatte den deutschen Studenten noch gestern abend seinen Schutz zugesagt. Als nun heute vormittag die Studenten in kleinen Trupps zu zwei und drei das Kasino zu ihrem Sonntagsballe einverlieen, wurden sie sofort von einem nach Tausenden zählenden Pöbel mit Pfeifen und Schreien empfangen. Die Polizei zog um die Studenten einen Kranz, dem Schaulustigen den Blick zur Landebahn, junghundert Schritte lang, in dem der Schammel was sich ging. Nach kurzer Zeit jedoch, es waren erst dreizehn Studenten an der Strae, erliefen die Polizeioffiziere den Studenten, die sich sofort in das deutsche Haus zurückbegeben muten. Die Studenten protestierten gegen diesen Vorbruch, wurden jedoch von der Wache in der vorderen Reihe mit Faustschlägen und Fußtritten zurückgetrieben. Als dann die Polizei hinter den Studenten, die sich noch im Hause befanden und dort im furhohen Gedränge beisammen hielten, die Schütze des Zores anordnete und die Studenten sich verweigerten, wurde die Wache zu Fuß zur Räumung des Hauses herbeigeführt. Da strengten plötzlich vier Wachleute zu Pferde unter dem Kommando eines Polizeioffiziers in das Kasino, zogen bald und begannen auf die Studenten einzuhauen. Ein Student lauzte und brach den Kratz; sieben andere wurden verletzt. Unter den Verletzten befanden sich drei Studenten aus Halle, Leipzig und Freiberg i. S. Als die Wache das Kasino verlie, brach die Menge auf der Strae in furhohen Schreien aus. Man rief: 'Hoch die Polizei!' Die Polizisten dankten mit militärischem Gebruch nach allen Seiten für die Begruung.

Wenige Minuten, nachdem die deutschen Studenten in das deutsche Kasino zurückgetrieben worden waren, zogen es war etwa gegen 12 Uhr) circa 4000 tschechische Studenten unter Wortfuhrung mehrerer Professoren demonstrierend iber den Graben, entloseten vor dem Tschechischen Hause die Röhre und sangen ein tschechisches Lied.

Am Nachmittag wiederholten sich die Unruhen. Um 5 Uhr wurden drei deutsche Studenten von dem Pöbel iberfallen und gebruhlet. Einer von ihnen wurde schwer verletzt. Wie die 'Frankf. Zig.' aus Wien meldet, wird die Entscheidung betreffend die Umbildung des Kabinetts ebenfalls noch vor dem 31. Oktober in der Reichsversammlung getroffen werden. Demnach ist die Aussicht genommen, die Verhandlungen wegen der Rekonstruktion des Kabinetts aufzunehmen. Von der Haltung der Parteien bei diesen Besprechungen wird es abhängen, ob das umgebildete Kabinett ein parlamentarisches sein oder ob Baron Beck an die Spitze eines aus Beamten zusammengesetzten Hebergangskabinetts treten wird. Der Kaiser tritt am 1. November in Wien ein.

Die Zinsteuer.

Der Entwurf des Gesetzes iber die Verbesserung von Anleihen und Pfandbriefen, den der Reichskanzler dem Bundesrat vorgelegt hat, ist, wie die 'Berliner Universitäts-Korrespondenz' zuverlässig hat, im zuständigen Ausschusse einer wesentlichen Aenderung unterzogen worden. Nach den leitenden des Ausschusses vorgenommenen Aenderungen sollen beibehalten werden: Zinsteuer, Inkasse, Strafenpaktate und alle anderen Arten von Steuern. Nur solche Zinsen sollen von jeder Besteuerung frei bleiben, die für den Arbeitsmarkt bestimmt sind, in denen alle offene Stellen angezogen und Stellen geführt werden. Kleine Anleihen oder Rufe und Restanleihen, Vermietungen usw. sollen einem geringen Steuerlof unterworfen sein. Bei diesen Zinsteuer soll jedoch eine bestimmte Anzahl von Zeilen gänzlich steuerfrei bleiben. Zur täglich erscheinende Theater- und Vergnugungskonzerte wird ebenfalls eine maige Steuer in Betracht kommen. Die Höhe der Steuer der Anleihen und Restanleihen wird sich nach dem Umfang richten. Für die Höhe der Besteuerung der Steuer wird auch die Einwohnervahl der Städte und Gemeinden maßgebend sein. Zinsteuer, Pfandbriefe und Restanleihen, die in Städten iber 100,000 Einwohner erscheinen, unterliegen erdhohen Besteuerungsstufen.

Diese Angaben genügen, um den ganzen Widerwillen dieser Steuer erhellich zu machen, in der kein einziger geheimer Gedanke steht, weil die Steuer im Prinzip verfehlt und ein Ausbruch des schlimmsten Steuerwiderstandes ist. Der sich je bereit gemacht hat. Die Steuer ist so verfehlt, daß sie selbst von den Konservativen abgelehnt werden und allenfalls von einigen regierungstreu blodfreisinnigen Abgeordneten gutgeheien wird.

Gegen die Licht- und Kraftsteuer.

Einer Meldung aus Mannheim zufolge hat der Verband deutscher Industrieller in seiner gestrigen Jahresversammlung eine Resolution gegen die Gas- und Elektrizitatssteuer angenommen. Ebenso wurde gegen eine Erhoung der Wassersteuer Protest erhoben.

Gegen den Blof.

In Garmisch fand eine öffentliche Versammlung des liberalen Vereins statt, die sehr gut besucht war. Nach einem mit vielen Beifall aufgenommenen Bericht des Vorsitzenden des dortigen liberalen Vereins, Dr. Herz iber die Reichsfinanzreform nahm die Versammlung gegen wenige Stimmenthaltungen folgende Resolution an: Die Verammlung erklärt in der schlechtesten Finanzlage des Reiches eine direkte Folge des verheerenden Schatzplunders, welches

durch Verteuerung aller Lebensmittel das Volk und speziell den kleinen Mann iber die Grenze seiner Leistungsfähigkeit belastet, ohne der Reichskasse nennenswerte, der Volksbelastung auch nur einigermaßen entsprechende Einfuhre zuzuführen. Es hät eine wirkliche Reichsfinanzreform nur für möglich, wenn das Schatzplunder abgebrochen und durch gerechtere und für die Reichskasse eine traglichere Steuerquellen ersetzt wird. Die Verammlung erklärt, daß die Fraktionsgemeinschaft jetzt nicht mit Ruckstat auf den Blof ein System, das sie von jeder Befampfung durch die Bewilligung weiterer indirekter Steuern unterliegt. Die Verammlung ist endlich der Meinung, daß jede Mitwirkung an der Finanzreform davon abhängig gemacht werden mu, daß dem Volke weitere politische Rechte, namentlich eine durchgreifende Reform des preussischen Wahlrechts, Neueinstellung der Reichstagswahlkreise nach den Grundsätzen der Reichsverfassung und Gewährung voller Kooperationsfreiheit zugesprochen werden.

Die Blockaden der Zinsteuererklare sind demgegenuber, wie bekannt, für 'Exprespolitik', wenn man Blofsteuer für Steuern einzutauschen lädt. Sie wollen darauf los bewilligen, um nicht ausgeschlossen zu werden.

Für Zepelin.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Die Allgemeine Rentenanstalt hat die Zepelin-Sammlung mit einem Gesamtergebnis von 5,513,386 Mark abgeschlossen. Dazu kommt noch mehr als eine halbe Million aus anderen Sammlungen.

Der Kaiser.

kommt, wie ein Privat-Telegramm aus Karlsruhe meldet, Anfang November zur Frühjahrs nach Donaueschingen zum Besuch des Fürsten von Jurienberg. Ein Besuch beim Grafen Zepelin soll abdam in höherer Aussicht stehen.

Selbstmord aus Furcht vor dem Gericht.

Es hat niemand gern mit dem Gericht zu tun, aber zuweilen scheint denn doch die Furcht vor dem Gericht zu geradezu unglaublichen Folgen zu führen, wie ein neuer Fall in Dresden zeigt. Da haben allerdings Machden einem blutigen Dinge, einem furhohen Mord, anstehende allezeit schreckliche Dinge vor dem Gericht erzählt, die das arme Kind, das als Junge vor Gericht geladen war, so berangstigten, daß es sich aus einem Hause in der Moritzstrae drei Etosch in den Hof hinabsturzte, wo die Unglückliche als Tote aufgehoben wurde. Sie ist die Tochter des Musikers Rohler.

Die Wahlen in der Schweiz.

Am 25. Oktober wird gemeldet: Die gestern und heute vorgenommenen Nationalratswahlen änderten wenig an der bisherigen Zusammenlegung derer Volksvertretung. Die Sozialdemokraten gewannen einige Mandate: Winterthur 1, Appenzel A. 1, Biel 1. Der sozialdemokratische Kantur in Zurich, Bern, Biel usw. wurde abgelehnt. In Bern wurde neu gewählt der von den Sozialisten bestellte Präsident des schweizerischen Gewerbetreibenden, Grafen Scherzberger. In Zurich sind die acht hochwertigen kunftsigen Kandidaten wiedergewählt. Die Resultate liegen noch nicht vollstandig vor. Die freisinnig-demokratische Partei wird von den 167 Seiten ebenfalls wieder iber 100 belegen. Das Bundesgesetz iber die Aufhebung der schweizerischen Wasserkräfte, das die Wasserkräfte unter die Oberaufsicht des Bundes und der Kantone stellt, ist in der heutigen Volksabstimmung mit groer Mehrheit angenommen worden (Stimm 255,000 je gegen ca. 55,000 nein).

Kein Einmarsch der Russen in Persien.

Offizios wird aus Petersburg gemeldet: Die auswardigen uesten, welche iber einen angeblichen Einmarsch russischer Truppen in Persien und iber eine bevorstehende Besetzung von Tabris entbehrt jeglicher Begründung.

Die Generalversammlung der Demokratischen Vereinigung

land gestern nachmittag in der Beuthstrae statt. Auch von auswardig waren Vertreter erschienen. Der Vorsitzende, Dr. Breitfeld, erklärte die Generalversammlung mit dem Hinweis darauf, daß am Freitag voriger Woche genau ein halbes Jahr seit der Zerstoung der Demokratie von der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft an dem fruchtbarsten Parteitag vergangen sei. Der Antritt erfolgte, weil es unmöglich erschien, innerhalb der Fraktionsgemeinschaft demokratische und Grundlage zu vertreten. Mit dem Erlae konnte man durchaus zufrieden sein. Abgesehen von den Vereinen in Ostpreußen und Pommern zeigt die Demokratische Vereinigung 3002 Mitglieder. (Stimm) Sie legen an der gegen politischen Entwicklung der letzten Zeit, das unter Aufrechten notwendig war, und das wir die Zerstoung von der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und dem Blof nicht zu bereuen haben. Es hat sich seit frühzeitig nichts ereignet, was denen recht gab, die sich für die Zerstoung der Fraktionsgemeinschaft zu bleiben und dort im demokratischen Sinne zu wirken. Die Hoffnungen, die von freisinniger Seite an den Blof geknüpft wurden, haben sich in keiner Weise erfüllt. Solange noch Wahlergebnisse von Beamten möglich sind, wie die in der letzten Zeit, solange ist eine kampfbere Demokratie bringend notwendig. Die Notwendigkeit ihrer Existenz erweist sich auch gegenüber der Haltung, die der Blofismus der Reichsfinanzreform gegenüber einnimmt, nach mehr oder weniger der Behauptung der Freisinnigen und Wahlergebnisse. Das der geringe Liberalismus in der Zerstoung des Reiches erbracht, daß unter Aufrechten iberfuhrt, oder schädlich war? Nein, nichts ist seitens der Freisinnigen geschehen, um die reaktionäre Regierungspolitik zu befrachten. Die Freisinnigen sind blofgeblieben, und sie konnten von den konservativen Blofzwecken nicht mehr los, auch wenn sie es wollten. Keine Existenz und unter Aufrechten ist heute notwendiger denn